Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 97 (2006)

Heft: 2

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dienstleistungsliberalisierung: 2% Wachstumspotenzial für die Schweiz

(seco) Mit einer Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen könnte die Schweiz einen einmaligen Wachstumszuwachs von 2% erreichen. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) zuhanden des Bundesrats. Er identifiziert den Liberalisierungsstand in Dienstleistungsbranchen in der Schweiz im Vergleich zur EU. Die quantitativen Studien stellen dabei ein bedeutendes Wachstumspotenzial für die Schweizer Volkswirtschaft fest, das bei einer Umsetzung erfolgreicher Liberalisierungsstrategien im Dienstleistungssektor erschlossen werden könnte.

Im ersten Vergleich, demjenigen mit dem Durchschnitt der EU15-Staaten, weist die Schweiz einen grossen Liberalisierungsrückstand bei der Elektrizitätsversorgung auf. Bei den Postdiensten, der Telekommunikation, dem Personenschienenverkehr und den Versicherungsdienstleistungen hat die Schweiz einen leichten Liberalisierungsrückstand gegenüber dem Durchschnitt der EU15-Staaten.

Im Vergleich zur «best practice», also besonders liberal regulierenden EU-Staaten, weist die Schweiz einen grossen Liberalisierungsrückstand bei der Elektrizitätsversorgung, der Telekommunikation, den Postdiensten und dem Personenschienenverkehr auf. Ein leichter Liberalisierungsrückstand der Schweiz im Vergleich zu den best practice-Staaten wurde in den Branchen Detail- und Grosshandel, Versicherungsdienstleistungen, Gesundheitswesen und Bildungswesen festgestellt. Keinen Liberalisierungsrückstand der Schweiz findet der Bericht hingegen im Schienengüterverkehr und bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Bei der Regulierung von Bankdienstleistungen kann die Schweiz gar selbst als best practice bezeichnet werden.

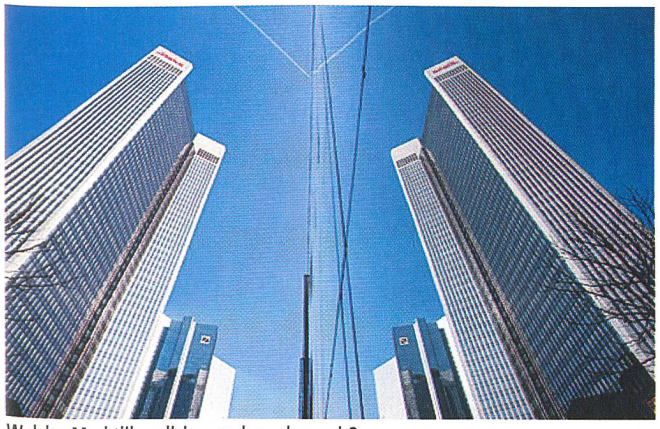
Im Dienstleistungsbericht wird unter dem Begriff der Liberalisierung die Annäherung an einen regulatorischen Rahmen verstanden, der zu einer hohen Wettbewerbsintensität und den damit verbundenen Vorteilen der wirtschaftlichen Effizienz und Innovation führt. Öffentliche Interessen und monopolistische Engpässe können – in Widerspruch zu einer einseitigen Deregulierungsoptik – Reregulierungen notwendig machen.

LRCN: pour des armes égales

(fns) La consultation, ouverte en juillet, relative à la révision totale de la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire (LRCN) s'est achevée fin octobre 2005. Par la révision totale de cette loi de 1983, le Conseil fédéral entend porter de 1 à 2,25 milliards de francs la couverture d'assurance obligatoire pour les installations nucléaires.

Il propose également la ratification de trois conventions internationales dans le domaine de la responsabilité civile nucléaire, conventions qui prévoient de diviser par trois le montant minimal de couverture de 1,5 milliard d'euros. Selon les conventions, 700 millions d'euros au moins seraient pris en charge par les exploitants de l'installation nucléaire, 500 millions d'euros par le pays du site de l'installation, et 300 millions d'euros par la communauté des pays signataires. Tous les participants à la consultation se félicitent en principe de la ratification des conventions.

Le Forum nucléaire suisse et l'économie électrique rejettent toutefois la proposition du Conseil fédéral de mettre le montant intégral de couverture à la charge exclusive des exploitants, contrairement à la division par trois prévue au niveau international. Ceci constituerait nettement un élément de distorsion de la concurrence pour la production nationale d'électricité. Le Message relatif à la révision totale de la LRCN sera présenté au Parlement probablement au cours du deuxième semestre de 2006.



Welche Marktliberalisierung brauchen wir?

EU-Richtlinie schmälert Wasserkraft

(lm) Die EU-Wasserrahmenrichtlinie gibt vor, dass in ganz Europa bis 2015 bzw. bei Gewährung einer möglichen Fristerstreckung bis 2027 ein «guter Zustand» in allen Gewässern zu erreichen ist. Eine aktuelle Studie der Technischen Universität Graz zeigt Bandbreiten möglicher Auswirkungen von Massnahmen

Der Blitzableiter

«Service public»

In der Europäischen Union gibt es strenge Gesetze und unzählige Verordnungen und Richtlinien bezüglich des Wettbewerbes im Binnenmarkt. Vieles scheint aber für Frankreich nicht zu gelten. EDF, GDF, SNCM – wenn Staatsmonopolisten ihr Versorgungsmonopol verlieren, läuft in Frankreich immer das gleiche Reaktionsschema ab. So rang sich die französische Regierung nach Wochen des Lavierens durch, doch endlich 15 Prozent des staatlichen Stromkonzerns EDF an Private zu verkaufen und an die Börse zu bringen. Da riefen am Abend bereits die Gewerkschaften dazu auf, die Arbeit niederzulegen, wozu auch dazugehört, bestimmten Politikern den Strom abzudrehen. Europas grösster Stromkonzern zählt in Frankreich zum öffentlichen Dienst und wird im Volksmund «Energieministerium» genannt. Die Beschäftigten arbeiten 32 Stunden in der Woche, gehen im Schnitt mit 55 Jahren in Rente, sind so gut wie unkündbar und profitieren von einem 90-prozentigen Abschlag auf ihre Stromrechnung. Sie sind quasi Beamte. In Europa befindet sich Frankreich mit seiner Auffassung vom öffentlichen Dienst, zu denen neben EDF allen voran die Post und die Bahn gehören, allein auf weiter Flur.

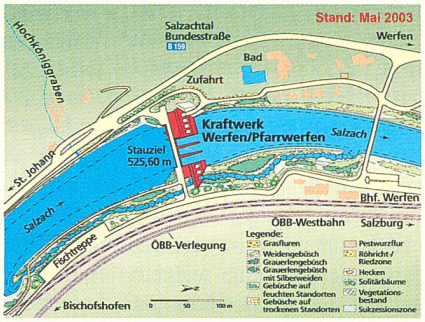
B. Frankl

Ökostrom-Gesetz für verstärkte Wasserkraft-Förderung

(v/v) Der Verbund, Österreichs führendes Elektrizitätsunternehmen, begrüsst die Einigung der Mehrheit der Parlamentparteien auf das neue Ökostromgesetz, das die Förderung von Ökostromanlagen bis ins kommende Jahrzehnt hinein sichert. Besonders wichtig ist neben der Erhöhung der Mittel, dass nun Rechtssicherheit für alle – nämlich bestehende und zukünftige – Betreiber von Ökostrom-Anlagen sowie für die Abwicklung der Fördergelder einkehren kann.

Vom neuen Gesetz ist ein wichtiger Impuls für den Wasserkraftausbau in Österreich zu erwarten. So werden nun auch mittlere Wasserkraftwerke mit einer Jahreserzeugung von 50 bis 100 Mio. kWh Jahreserzeugung förderungswürdig, wie dies die Elektrizitätswirtschaft mehrfach angeregt hat.

Damit stehen zum Beispiel die Ampeln für eine konkrete Planung für das Kraftwerk Werfen/Pfarrwerfen bei Salzburg auf Grün. Diese Ökostromanlage an der Mittleren Salzach ist als Gemeinschaftskraftwerk von Verbund und Salzburg AG konzipiert. Voraussetzung für die Entscheidung ist die Novelle zum Ökostromgesetz, die im zuständigen Ausschuss des österreichischen Nationalrats beschlossen wurde. Dadurch werden nun auch Wasserkraftwerke mit einer Leistung bis zu 20 Megawatt besser finanziell unterstützt.



Lageplan für neues Salzach-Kraftwerk Werfen/Pfarrwerfen (Leistung 16 MW; Investitionssumme 61 Mio. Euro).

Kleinwasserkraft bisher «eingebremst»

(st) Mit einer Anpassung des Ökostromgesetzes könnte der Ausbau der Kleinwasserkraft in Österreich in eine dynamische Phase kommen und einen wichtigen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. In Bälde könnte sich entscheiden, ob die Produktion von Strom aus Kleinwasserkraftwerken in Österreich einen zusätzlichen Impuls erhält. Gemäss bisher geltendem Gesetz gab es Ökostromförderung für Kleinwasserkraft nur für Anlagen mit einer Engpassleistung bis zu zehn Megawatt (MW). Dieser Umstand hat dazu geführt, dass mehrere Kraftwerke künstlich eingebremst wurden, obwohl sie theoretisch mehr Leistung bringen könnten. Diskutiert wurde eine Anhebung der Obergrenze, bis zu der es Ökoförderung geben soll, auf 15 bis 20 MW.

Lange diskutiert, dann doch gebaut und Ende August 2005 seiner Bestimmung übergeben wurde das Kleinwasserkraftwerk in Wien-Nussdorf (4,6 MW).

Mehr Restwasser gefordert: Speichersee im Längental (Tirol).

zur Erreichung dieses Zieles auf die Wasserkraftnutzung in Österreich auf. Bezogen auf die gesamte österreichische Wasserkraftproduktion ergäben sich Erzeugungsverluste zwischen 2 und 7 Prozent. Für die Errichtung von Fischaufstiegen und die Anbindung von Nebengewässern sind bei der Kleinwasserkraft bis 2027 Investitionskosten in der Grössenordnung von 90 Millionen Euro, bei der Grosswasserkraft von 144 Millionen Euro zu erwarten.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich die Auswirkungen sehr differenziert darstellen und vom Kraftwerkstyp, der Grösse und der Einsatzstrategie der Anlage abhängen. Am stärksten betroffen wäre dabei die Kleinwasserkraft. Hier wären Einbußen von 10 bis 32 Prozent möglich. Für die Grosswasserkraft (Ausleitungskraftwerke) wurden vergleichsweise etwas geringere Produktionsverluste von 6 bis 20 Prozent bzw. 3 bis 10 Prozent bei Speicheranlagen errechnet. Der Grund ist, dass bei einem Grossteil der Anlagen bereits Restwasservorschreibungen bestehen. Die Auswirkungen streuen allerdings zwischen den einzelnen Anlagen stark. Bei den meisten Speicherkraftwerken bedeutet eine strenge Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie den Verlust hochwertigen Spitzenstroms. Eine Beschränkung des Kraftwerkseinsatzes hätte darüber hinaus nachhaltige Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.

«Schlechte» Staudämme

(a/wwf) Ungeachtet internationaler Umweltkriterien bauen Regierungen in aller Welt nach Ansicht der Umweltschutzorganisation World Wide Fund for Nature (WWF) immer noch an Staudämmen, die für Umwelt und Menschen schädlich sind. Nach einem vom WWF veröffentlichten Bericht entstehen zurzeit weltweit 400 grössere Staudämme, deren Nutzen zumindest in einigen Fällen fraglich sei. Dies trotz den Empfehlungen der Weltkommission für Staudämme (WCD).

Die Studie listet sechs Dammbauprojekte aus den letzten fünf Jahren in Spanien, der Türkei, Australien, Island, Laos und Belize auf, die die Anforderungen nicht erfüllen. Laut der WWF-Studie legen Dämme Feuchtgebiete trocken und gefährden so wichtige Wasserressourcen. Häufig verschlechtern sie die Fischereierträge. Dämme bedrohen seltene Arten wie den Iberischen Luchs und den Jaguar. Während oftmals billigere Energie und verbesserte Bewässerungssysteme versprochen würden, verschärfen die

Aushubarbeiten für den Ermenek-Damm in der Türkei.

Megaprojekte in vielen Fällen wirtschaftliche Probleme durch höhere Strompreise und die Umsiedlung zahlreicher Menschen. Weltweit wurden durch Dammbauten bis heute 60 Prozent der Flüsse reguliert und bis zu 80 Millionen Menschen umgesiedelt.

Als Beispiel für die ökologischen Sünden nennt der WWF den 650 Millionen Dollar teuren Ermenek-Damm in der Türkei. Gemeinsam mit anderen Hydropower-Projekten bedroht er die Wasserversorgung und damit die Artenvielfalt im Delta des Göksu-Flusses. Der Melonares-Damm am Fluss Guadalquivir, der die südspanische Stadt Sevilla mit Trinkwasser versorgen soll, wird massgeblich aus Mitteln des EU-Kohäsionsfonds finanziert. Laut WWF wären hier umweltverträgliche und kostengünstige Alternativen möglich gewesen. Auch bei der jüngsten Entscheidung zum umstrittenen Staudamm Nam Theun II an einem Zufluss des Mekong in Laos befürworteten europäische Regierungen die Finanzierung und Risikoabsicherung durch die Weltbank.

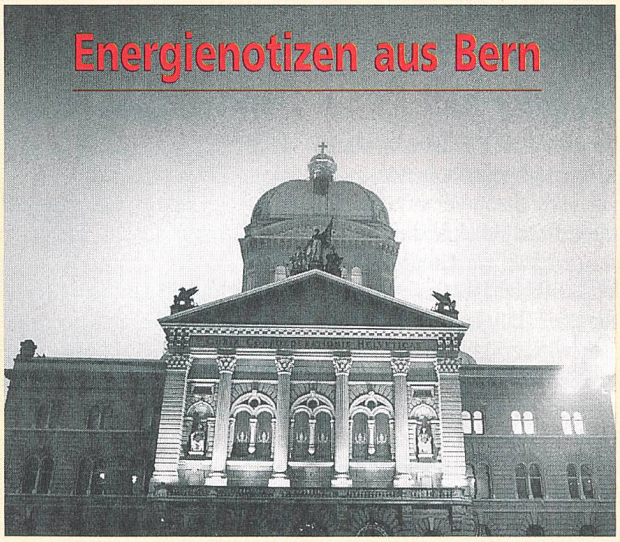
Schwedischer Staat zahlt für Reaktorstilllegung

(d/hb) Der schwedische Staat entschädigt die Energiekonzerne Eon und Vattenfall für die Stilllegung des Kernreaktors Barsebäck 2 mit insgesamt fast 600 Mio. Euro. Wie das Umweltministerium in Stockholm bestätigte, einigten sich die drei Beteiligten auf diesen Betrag. Der von Eon über die in diesem Jahr umbenannte schwedischer Tochter Sydkraft sowie Vattenfall betriebene Reaktor war am 1. Juni als Teil des vor mehr als 20 Jahren beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie vom Netz genommen worden. Für die grossen Energiekonzerne ist das Atomzeitalter in Schweden aber noch lange nicht beendet. Gerade planen Sydkraft, Fortum aus Finnland und der staatliche schwedische Stromversorger Vattenfall eine kräftige Kapazitätssteigerung in den bestehenden Reaktoren. Für vier Mrd. Euro wollen sie den Wegfall von Barsebäck mehr als kompensieren, sodass der Anteil des schwedischen Atomstroms in den kommenden Jahren noch steigen wird.

Alle Energieoptionen

(ee/vö) Foratom initiierte die Verabschiedung einer Deklaration zum Themenbereich Klimawandel und Kernenergie, die von 25 Mitgliedern des Europäischen Parlaments unterzeichnet wurde. Die Deklarationsunterzeichner treten für mehr Realismus bei der Bekämpfung des Klimawandels ein, wobei alle Energieoptionen berücksichtigt werden sollten.

Stillgelegtes Kernkraftwerk Barsebäck; im Hintergrund die im Jahr 2000 fertiggestellte Brücke über den Öresund zwischen Schweden und Dänemark.



Leistungsausweis von EnergieSchweiz

(bfe) «EnergieSchweiz» habe im Jahr 2004 seine Wirkung spürbar verbessert, wie dem nun veröffentlichten Jahresbericht zu entnehmen ist. Das Programm reduziere die CO_2-Emmissionen, erhöhe den Anteil der erneuerbaren Energien und sei zu einem bedeutenden Antriebsfaktor für Innovationen im Energie- und Bausektor geworden.

Die energetische Wirkung der im Berichtsjahr getroffenen freiwilligen Massnahmen legte gemäss Bundesamt für Energie im Vergleich zum Vorjahr um 38 Prozent zu. Die grössten Sparbeiträge lieferten die CO_2-Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft, das Label Energiestadt, die Förderung der Holzenergie, der Einsatz von Wärmepumpen und das Label «Minergie» im Gebäudebereich. Die gesetzlichen Massnahmen verbesserten ihre energetische Wirkung um zehn Prozent. Die gesamte Wirkungszunahme der gesetzlichen und freiwilligen Massnahmen betrug im Jahr 2004 rund 29 Prozent.

Ohne «EnergieSchweiz» und das Vorgängerprogramm «Energie 2000» würde der Verbrauch an fossiler Energie (Brenn- und Treibstoffe) um 7,6 Prozent und die CO_2-Emissionen um 2,8 Millionen Tonnen über dem heutigen Niveau liegen. Der gesamtschweizerische Stromverbrauch läge rund 4,7 Prozent über dem aktuellen Niveau.

Öffentliche Auflage zum Entsorgungsnachweis abgeschlossen

(uv) Die öffentliche Auflage der Unterlagen und Berichte zum Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle ist am 12. Dezember abgelaufen. Bis zu diesem Tag sind rund 3800 Stellungnahmen aus der Schweiz (825) und dem benachbarten Ausland (2770 aus Deutschland, 200 aus Österreich und 5 aus Frankreich) eingegangen, die vom zuständigen Bundesamt für Energie BFE in den kommenden Monaten systematisch ausgewertet werden. Der Entscheid des Bundesrats zum Entsorgungsnachweis wird voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte 2006 erfolgen. Der Entsorgungsnachweis ist seit 1978 gesetzlich vorgeschrieben und auch im neuen Kernenergiegesetz enthalten. Nach langjährigen Untersuchungen hat die Nagra im Dezember 2002 den Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle basierend auf dem Opalinuston des Zürcher Weinlandes eingereicht. 2003 begann eine umfassende behördliche Überprüfung der von der Nagra eingereichten Unterlagen, die im Herbst 2005 abgeschlossen wurde.

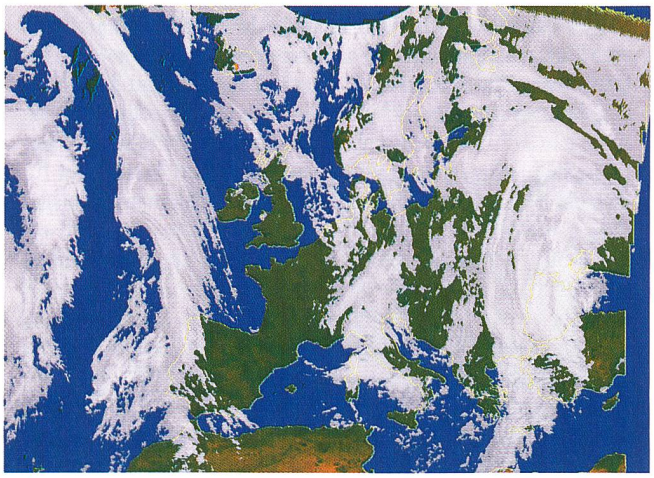
Längere Laufzeiten von Kernkraftwerken gefordert

(bdi) «Eine sichere, zuverlässige, umweltschonende und preiswerte Stromversorgung in Deutschland ist ohne die Kernenergie auf absehbare Zeit nicht denkbar Deswegen brauchen wir längere Laufzeiten unserer Kernkraftwerke auf höchstem Sicherheitsniveau.» Das erklärte Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., anlässlich der Vorstellung der Studie «Ökonomische Auswirkungen alternativer Laufzeiten von Kernkraftwerken in Deutschland». Die Studie zeige, dass längere Laufzeiten von deutschen Kernkraftwerken einen erheblichen volkswirtschaftlichen Gewinn brächten. «Die verringerte Abhängigkeit von Energieimporten hat positive Auswirkungen auf Strompreise, Produktion und Beschäftigung. Allein ein positiver Beschäftigungseffekt von knapp 42 000 Arbeitsplätzen spricht für sich.»

EU dürfte die Kyoto-Ziele erreichen

(euk) Die EU sei auf dem richtigen Weg zur Erreichung der Kyoto-Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, wenn man von den bereits durchgeführten oder geplanten politischen Strategien und Massnahmen sowie Projekten in Drittländern ausgeht. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht der Kommission für die UN-Klimakonferenz, in dem Fortschritte der EU im Rahmen des Kyoto-Protokolls vorgewiesen werden. Die letzten Prognosen der Mitgliedstaaten deuten an, dass die bestehenden politischen Strategien und Massnahmen und die bereits im fortgeschrittenen Planungsstadium befindlichen zusätzlichen Initiativen zusammen mit den erhaltenen Gutschriften aufgrund der Mechanismen des Protokolls zur Förderung von Projekten in Drittländern zur Einsparung von Emissionen die Gesamtemissionen der EU-15 bis 2010 auf 9,3% unter den Stand von 1990 verringern werden. Damit erfüllen die EU-15 eindeutig das Reduktionsziel von 8% gegenüber dem Stand von 1990, das sie im Zeitraum 2008 bis 2012 erreichen müssen. Laut Hochrechnungen werden sich die Emissionen der EU-25 um mehr als 11% verringern. 17 Mitgliedstaaten mit Emissionszielen sind derzeit auf dem Weg, sie einzuhalten, während die anderen weitere Massnahmen untersuchen.

Aufgrund des von der Kommission im Jahr 2000 verabschiedeten Europäischen Programms zur Klimaänderung (ECCP) wurden auf EU-Ebene mehr als 30 Massnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen durchgeführt. Dazu gehören das neuartige Emissionshandelssystem der EU, die Richtlinie über Energieeffizienznormen für Gebäude und Rechtsvorschriften über fluorierte Industriegase. Die zweite Phase des ECCP wurde im Oktober eingeleitet. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Überprüfung des Stands der Umsetzung der ersten Phase, der Abtrennung und Speicherung von Kohlenstoffemissionen und den Emissionen des Strassen- und des Luftverkehrs gewidmet. Auch wird die Rolle der EU bei der Verringerung der Verletzlichkeit der Gesell-



Aufgrund des Europäischen Programms zur Klimaänderung wurden mehr als 30 Massnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen durchgeführt.

Tigris-Kraftwerk neu lanciert

(n) Die Türkei hat das Projekt zum Bau des Tigris-Kraftwerks Ilisu neu lanciert. Neue Konsortialpartner, bessere Aussichten auf eine erfolgreiche Finanzierung und vor allem die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen erhöhen die Chancen einer Realisierung. Ein erster Anlauf war 2002 gescheitert.

An den technischen Rahmenbedingungen des Projekts hat sich nichts geändert. Rund 65 km oberhalb der syrischen Grenze soll der Tigris mit einem 1,8 km breiten und 135 m hohen Erddamm gestaut werden. Das Wasser aus dem gut 300 km^2 grossen Stausee soll nicht zu Bewässerungszwecken, sondern primär zur Produktion von Strom genutzt werden. Vorgesehen ist der Bau eines Spitzenlast-Kraftwerks mit 1200 MW Leistung.

Das Projekt am Tigris ist in Südostanatolien als Teil eines grösseren Entwicklungsplans konzipiert. Insgesamt werden 22 Dämme und 19 Wasserkraftwerke in der Region Südostanatolien gebaut. Die Pläne für diese Entwicklung gehen bereits auf Staatsgründer Atatürk zurück und wurden 1991 von der türkischen Regierung als nationale Priorität beschlossen. So sollen die acht südost-anatolischen Provinzen (GAP-Regionen, Güney Anadolu Projesi) an den Standard der Westtürkei herangebracht werden. Ilisu ist das grösste noch zu bauende Dammprojekt, mit rund 10 bis 20% des Projektvolumens in der Region.

Ilisu ist Teil des GAP (Güney Anadolu Projesi), einem gigantischen Wasserkraftwerks- und Bewässerungsprojekt, das den «zurückgebliebenen Osten» an den «modernen und technischen Fortschritt» anbinden soll.

Um das Projekt Ilisu bemüht sich ein Konsortium aus VA-Tech Hydro und Alstom als Lieferant der elektromechanischen Ausrüstung, den Baufirmen Nurol, Cengiz, Celiker sowie Züblin und den Engineeringunternehmen Stucky und Temelsu. Auf Kundenseite unterstützt ein Engineeringkonsortium, bestehend aus den Firmen Colenco, Maggia, Dolsar und Rast, das Projekt. Das Investitionsvolumen liegt bei 1,1 Milliarden Euro, der Bau soll nach Abschluss der Genehmigungsverfahren starten und bis 2012/13 fertig sein.

Im Staugebiet: alte Brücke bei Hasankeyf.

schaft durch die Klimaänderung und die Förderung von Anpassungsmassnahmen untersucht. Vorgesehen sind ausserdem zusätzliche politische Initiativen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

EU-Minister wollen Energie- und Klimapolitik verbinden

(ef) Die Energie- und Umweltminister der EU haben am 1. und 2. Dezember zu liberalisierungs- und klimapolitischen Fragen getagt. Die Energieminister wollen eine Verbindung von Energie- und Klimapolitik prüfen. Ausserdem sollen die Kommission und die Mitgliedstaaten in ihren energiepolitischen Strategien systematisch auch das Element der Energieeffizienz aufgreifen. Von Seiten der Umweltminister wird der Einbezug des Flugverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem begrüsst.

Energieregulierungsbehörden arbeiten zusammen

(a) Die Energie-Regulierungsbehörden von Österreich (E-Control), Frankreich (CRE), Italien (AEEG), Deutschland (BNA), Belgien und den Niederlanden haben sich auf eine Abstimmung der Engpassmanagement-Methoden bei der Stromversorgung geeinigt. Diese Vorschläge wurden in Roadmaps festgehalten.

Ungarn stimmt für Weiterbetrieb des KKW Paks

(a) Das ungarische Parlament hat für die Verlängerung des Betriebs des Kernkraftwerkes Paks gestimmt. Mit dieser Entscheidung wird die 30-jährige Betriebszeit der vier Reaktoren des KKW um 20 Jahre verlängert. Zugleich beschlossen die Abgeordneten den Bau einer Deponie für radioaktiven Müll in der Nähe von Bataapati. Das Kernkraftwerk Paks ist sowjetischer Bauart und deckt 36% des ungarischen Strombedarfs. Die Anlage erfüllte als eine der ersten Kraftwerke des Ostblocks die gültigen internationalen Sicherheitsnormen. Ein neu entwickeltes Sicherheitsregime wird zurzeit implementiert. Trotz des ernsten Störfalls 2003 wurde von den Betreibern des KKW Paks ein Antrag auf Betriebszeitverlängerung gestellt und ein UVP-Verfahren eingeleitet.

Das Kernkraftwerk Paks ist das einzige in Ungarn und befindet sich etwa 100 km südlich von Budapest an der Donau.

Für Laufzeitverlängerung bei Kernkraftwerken

(en) Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger sprach sich in seiner Rede am Kommunalen Energietag der EnBW dafür aus, die Frage nach einer Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke in einigen wenigen Jahren erneut zu prüfen. Notfalls sei er dafür, dass eine Option in das Bundesgesetz aufgenommen werde, die es den Bundesländern ermöglichen könnte, zu beschliessen, dass die Laufzeiten der im jeweiligen Bundesland existenten Kernkraftwerke per Landtagsbeschluss verlängert werden können.

Ministerpräsident Günther H. Oettinger will die Laufzeiten der im jeweiligen Bundesland existenten Kernkraftwerke verlängern.

Oettinger wies zudem darauf hin, dass es weltweit eine Renaissance der Kernkraft gebe und der deutsche Sonderweg ein falscher Weg sei. «Wenn es beim derzeit gültigen Ausstieg aus der Kernkraft bleibt, verabschiedet sich Baden-Württemberg bis zum Jahr 2022 zu 100 Prozent aus der Kernenergie – 2005 ging das Kernkraftwerk Obrigheim bereits vom Netz, 2009 würden Neckarwestheim 1, 2012 Phillipsburg 1, 2018 Phillipsburg 2 und 2022 Neckarwestheim 2 folgen. Dann bleibt nur der Import von Strom aus ausländischen Kernkraftwerken oder der verstärkte Einsatz fossiler Brennstoffe mit erhöhten CO_2-Ausstoss.»

Stromkennzeichen zeigt den Energiemix

(vdew) Die deutschen Stromunternehmen führten Mitte Dezember eine neue Verbraucherinformation über den Energiemix ein. Das neue Stromkennzeichen veranschaulicht den Energiemix des einzelnen Stromlieferanten und zeigt zum Vergleich die entsprechenden bundesweiten Werte. Die Zusammensetzung des Stroms wird dabei in drei Segmente gegliedert: Kernkraft, erneuerbare Energien sowie fossile Brennstoffe. Dies entspricht auch den in der EU empfohlenen Vorgaben.

Für den bundesweiten Energiemix zur Stromerzeugung weist der VDEW 30 Prozent Kernkraft und zehn Prozent erneuerbare Energien aus. Fossile Brennstoffe wie Kohle und Gas machten 60 Prozent der Stromproduktion aus, ermittelte der Branchenverband für das Jahr 2004. Die CO_2-Emissionen hätten im Bundesdurchschnitt 550 Gramm und der radioaktive Abfall 0,0008 Gramm je Kilowattstunde Strom betragen.

ABC-Strom AG, Musterstadt:

Stromkennzeichnung

Angaben auf der Basis der Daten für das Jahr 2004

Angaben in %	Gesamt-Stromlieferungen des Unternehmens	Zum Vergleich: Stromerzeugung in Deutschland[1]
Kernkraft	32	30
Fossile und sonstige Energien[2]	48	60
Erneuerbare Energien[3]	20	10
CO_2-Emissionen	500 g/kWh	550 g/kWh
Radioaktiver Abfall	0,0008 g/kWh	0,0008 g/kWh

[1] allgemeine Versorger und private Einspeiser
[2] z.B. Steinkohle, Braunkohle, Erdgas
[3] z.B. Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie

Gestaltungsvorschlag Stromkennzeichen (Bild VDEW).

magazin

Besseres Engpassmanagement zwischen Deutschland und der Schweiz

Der Präsident der deutschen Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, erwartet bei der Durchführung des Engpassmanagements an den Grenzen zu Frankreich, der Schweiz und nach Osteuropa mit Beginn des Jahres 2006 eine stärkere Koordinierung zwischen den Betreibern der Stromübertragungsnetze. «Wir sind in wenigen Monaten nach Aufnahme unserer Arbeit ein gutes Stück vorangekommen, um den grenzüberschreitenden Stromhandel zu optimieren. Damit ist auch ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Energiemarkt erfolgt.»

Ein Engpassmanagement wird notwendig, wenn die Übertragungskapazitäten an den grenzüberschreitenden Kuppelstellen zwischen den Stromnetzen benachbarter Länder begrenzt sind und somit einen Engpass darstellen. Im Rahmen des Engpassmanagements erfolgt in Auktionen die Vergabe der knappen Übertragungskapazitäten an die bietenden Stromhändler. Die dabei erworbenen Transportrechte sind die Grundlage, um grenzüberschreitende Stromlieferungen durchführen zu können.

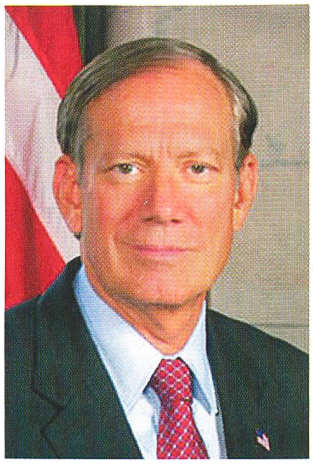
Zwischen Deutschland und der Schweiz, so Kurth, könne erstmals ein marktbasiertes Verfahren zur Engpassbewirtschaftung eingeführt werden, da zum Jahreswechsel ein erster Schritt der Öffnung des schweizerischen Markts vollzogen werde. Neben einer monatlichen und täglichen Vergabe von Übertragungskapazität ist auch die Einführung des untertäglichen Kapazitätshandels geplant. An der deutsch-französischen Grenze werden die Methoden zum Engpassmanagement dadurch verbessert, dass eine Kapazitätsversteigerung für das ganze Jahr (Jahresauktion), zusätzlich zu den bereits stattfindenden Monats- und Tagesauktionen, eingeführt wird.

«Für den europäischen Stromhandel bedeutet die Weiterentwicklung der Vergabeverfahren für Übertragungskapazitäten eine deutliche Senkung der Transaktionskosten und damit eine weitere Verbesserung der Handelsmöglichkeiten», erklärte Matthias Kurth.

Matthias Kurth, Präsident der deutschen Bundesnetzagentur, erwartet «deutliche Verbesserung des europäischen Stromhandels».

7 US-Staaten wollen Klima verbessern

(a) Sieben Bundesstaaten im Nordosten der USA haben den ersten Plan des Landes zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen unterzeichnet. Der Plan sehe die Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstosses bei Kraftwerken ebenso vor wie die Schaffung eines Marktes für den Handel mit Emissionsrechten, sagte der republikanische Gouverneur von New York, George Pataki.



Der Gouverneur von New York, George Pataki, stellt sich mit einer «Regionalen Treibhausgas-Initiative» gegen Präsident George Bush.

Zu der Regionalen Treibhausgas-Initiative gehören ausserdem Connecticut, Delaware, Maine, New Hampshire, New Jersey und Vermont. Auch andere Bundesstaaten können sich anschliessen. Mit der Initiative stellt sich Pataki gegen seinen Parteikollegen, Präsident George W. Bush, der Vereinbarungen zur Reduzierung der Treibhausgase ablehnt und auf freiwillige Massnahmen der Industrie setzt. Mit diesem Argument zogen sich die USA auch vom internationalen Kyoto-Protokoll zurück, in dem sich zahlreiche Staaten zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen verpflichten.

Tanz für ein besseres Klima: kanadische Inuits an der Weltklimakonferenz in Montreal.

Klimakompromiss in Montreal

Die Weltklimakonferenz in Montreal ist erfolgreich zu Ende gegangen. Man einigte sich auf Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls: Die mehr als 150 Mitgliedstaaten haben das detailreiche Regelwerk samt Kontrollsystem angenommen. Nur die USA wollen sich auch künftig nicht auf Zusagen einlassen. Der Kyoto-Prozess kann nun über das Jahr 2012 hinaus weitergehen, denn die Mitgliedstaaten gaben in Montreal den Startschuss für Verhandlungen zu neuen Treibhausgaszielen der Industrieländer. Die Diskussionen über die Einbindung von ärmeren Staaten sollen 2006 beginnen. Auch über die Weiterführung der Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro 1992 herrschte Einigung. Trotz des teilweisen Einlenkens der USA war die Verärgerung über die Vereinigten Staaten in Montreal riesengross.

Elektrizitätsdachverbände in Montreal

(vö) Anlässlich der 11. Klimakonferenz in Montreal präsentierten fünf Elektrizitätsdachverbände – Eurelectric, EEI (Edison Electric Institute – amerikanischer Verband), FEPC (Federation of Electric Power Companies, Japan), CEA (Canadian Electricty Association) and ESAA (Electricity Supply Association of Australia) ein gemeinsames Statement zu künftigen Rahmenbedingungen für Verhandlungen im Bereich des Klimawandels. Reduktion von Treibhausgasemission sollten im Kontext einer Nachhaltigen Entwicklung gesehen werden. Entsprechend dem auch künftig wachsenden Bedarf an Elektrizität müssten alle Optionen der Elektrizitätserzeugung in Betracht gezogen werden. Das Statement gründet sich auf folgende sieben Prinzipien: übergreifender und globaler Ansatz, grosse Planungssicherheit, langfristige internationale Emissionsreduktionsziele müssen sich auf wissenschaftliche und wirtschaftliche Analyse stützen, marktorientierter Ansatz, Förderung von Forschung und Entwicklung sowie Technologietransfer, Einbeziehung aller Sektoren und Einwirken auf Änderung des Verbraucherverhaltens.